

# Pikettys partizipativer Sozialismus (2020)

Piketty, T. (2020). *Kapital und Ideologie*. München: C. H. Beck.

<b>1. Vorbemerkung.....</b>	<b>2</b>
<b>2. Neuer Kapitalismus in Russland, China und Osteuropa .....</b>	<b>4</b>
2.1. Russland.....	4
2.2. China.....	6
2.3. Osteuropa .....	8
<b>3. Das Scheitern der Sozialdemokratie und neuer Nationalismus.....</b>	<b>10</b>
<b>4. Elemente eines partizipativen Sozialismus .....</b>	<b>14</b>
4.1. Die Macht in Unternehmen.....	15
4.2. Progressive Steuern auf Erbschaften, Einkommen und Eigentum.....	16
4.3. Vermögenstransparenz .....	17
4.4. CO2-Steuer.....	17
4.5. Kapitalausstattung für jeden jungen Bürger und Grundeinkommen .....	17
4.6. Gleiches Bildungsgeld für alle und quotierte Zugänge.....	18
4.7. Gutscheine für demokratische Gleichheit .....	19
4.8. Politische Strukturveränderungen, globaler Sozialföderalismus .....	20
<b>5. Kritische Anmerkungen.....</b>	<b>21</b>

## 1. Vorbemerkung

Thomas Piketty hat mit „Kapital und Ideologie“ ein Werk mit einem Umfang 1318 Seiten vorgelegt. Es steht im Zusammenhang mit seinem 2,5 Millionen Mal verkauften Erfolgsprodukt „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ („nur“ etwas über 800 Seiten, vorgestellt unter [https://einemann.de/Dokumente/2020\\_Piketty\\_1.pdf](https://einemann.de/Dokumente/2020_Piketty_1.pdf)). Piketty belegt die Ungleichheiten auf der Welt und ihre Begründungen seit mehreren hundert Jahren und macht am Schluss eine Reihe von interessanten politischen Vorschlägen zu ihrer Verringerung. Er sieht sich dabei in der „Tradition des demokratischen Sozialismus“ (S. 1190), zielt auf eine Überwindung des Kapitalismus und entwickelt kreative „Elemente eines partizipativen Sozialismus für das 21. Jahrhundert“.

Piketty selbst meint, das neue Buch sei „reicher als sein Vorgänger“, „den es zugleich weiterführt.“ (S. 12). Er greift zwei Kritikpunkte an seinem „alten“ Werk auf (S. 11) und legt in der Tat nach: die Konzentration auf den Westen wird überwunden, und politisch-ideologische Entwicklungen bekommen breiteren Raum. Es gibt Informationen vor allem über die neuen Ungleichheiten in Russland, China und Osteuropa, aber auch Blicke z. B. nach Indien, Brasilien, Südafrika sowie in den Nahen Osten. Die Folgen der Null-Zins-Politik der EZB auf die Vermögensentwicklung werden aber nicht aufgearbeitet, und der knappe Hinweis auf das inzwischen (bis 2016/17) neben Italien negative Staatsvermögen in den USA und Großbritannien (S. 764) ist sicherlich nur die eine Seite der Medaille (zumindest in Deutschland hat der Staat bis Anfang 2020 massiv von den niedrigen Zinsen und dem Wirtschaftswachstum profitiert).

Die ersten 523 Seiten seines Werkes verwendet Piketty für die Analyse der Strukturen von Ständegesellschaften sowie von Sklavenhalter- und Kolonialgesellschaften seit dem 11. Jahrhundert; das geschieht zwar unter dem Hauptaspekt der ungleichen Verteilung des Reichtums, ist aber für das Verständnis seines Anliegens nicht zwingend erforderlich.

Der dritte Teil über „die große Transformation im 20. Jahrhundert“ bietet eine kurze Vorstellung von Ergebnissen seines 2014 in Deutschland erschienenen Werkes (einige Aktualisierungen, keine Veränderungen im Gesamtbild) und ab Seite 611 eine

Auseinandersetzung mit dem Scheitern der „sozialdemokratischen“ sowie der „kommunistischen und postkommunistischen Gesellschaften“. Den Aufstieg von autoritär-nationalistischen Kräften sieht Piketty im Zusammenhang mit dem Versagen der Linken.

Im vierten und letzten Teil seines zweiten großen Werkes befasst sich Piketty ausführlich mit der Beschreibung politischer Prozesse in den letzten 30 Jahren für eine Vielzahl von Ländern, die zwar eine breite Übersicht, aber nicht viel Neues bietet. Am Beispiel Frankreichs gibt es eine umfangreiche Analyse des Umbruchs im Wahlverhalten und in den Parteistrukturen auf Basis von Nachwahlbefragungen und Meinungsumfragen – eine denn doch dünne Basis, die die Komplexität z. B. von Wahlforschung, Parteienforschung und Bewusstseinsforschung weitgehend ausblendet. Eine wirkliche Aufarbeitung der vielfältigen Probleme der internationalen Sozialdemokratie erfolgt nicht, der Text bewegt sich eher auf der Ebene des mit einigen Daten und Hinweisen untermauerten Spekulierens über Plausibilitäten. Eine differenzierte Analyse des diagnostizierten Scheiterns der Sozialdemokratie wäre aber von Bedeutung für die Wege zur praktischen Umsetzung der eigenen Visionen.

Dazu kommt Piketty am Schluss (ab S. 1185) nach insgesamt 2000 Seiten Vorlauf (unter Einschluss seines ersten großen Werkes), wenn er seine zentralen Vorschläge erläutert und „Elemente eines partizipativen Sozialismus für das 21. Jahrhundert“ entwickelt. Die Ideen gehen über die steuerpolitischen Konzepte des Buches von 2014 hinaus und stellen einen Ansatz für ein Gesamtkonzept zur Überwindung des Kapitalismus dar. Unter der Prämisse der Verringerung von Ungleichheiten entwickelt Piketty einige sehr visionäre Vorstellungen, ohne sich aber in irgendeiner Form auf die sehr lange Tradition der „Sozialismus-Diskussion“ zu beziehen, in der es zumindest in Deutschland z. B. um „systemüberwindende Reformen“, Wirtschaftsdemokratie, Investitionslenkung, Genossenschaftswesen, Selbstverwaltung und einen „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus ging.

Überlegungen zur Umsetzung der Vorschläge bleiben zukünftigen Produkten vorbehalten.

## **2. Neuer Kapitalismus in Russland, China und Osteuropa**

Das Kapitel 12 über „kommunistische und postkommunistische Gesellschaften“ (ab S. 725) stellt eine wichtige Ergänzung des Buches von 2014 dar. Piketty stellt „das dramatische Scheitern des kommunistischen Experiments in der Sowjetunion (1917-1991)“ (S. 725) fest und befindet: „Tatsächlich ist der Kommunismus die dem Proprietarismus diametral entgegengesetzte Ideologie. Während der Proprietarismus darauf setzt, dass der möglichst absolute Schutz des Privateigentums zu Wohlstand und gesellschaftlicher Harmonie führen wird, ist Grundlage des Sowjetkommunismus die vollständige Beseitigung des Privateigentums und seine Ablösung durch Staatseigentum. In der Praxis hat die Herausforderung durch den Kommunismus die Ideologie des Privateigentums nur stärker gemacht.“ (S. 725). Die Veränderungen in diesen Staaten hatten ein desillusionierendes Ergebnis: „Allgemein ist der Postkommunismus in seinen russischen, chinesischen und osteuropäischen Spielarten zu Beginn des 21. Jahrhunderts der beste Verbündete des Hyperkapitalismus.“ (S. 725).

### **2.1. Russland**

Das Sowjetregime ist im Vergleich mit dem Zarenreich „durchaus als Träger eines hoffnungsvollen Projekts für das Land“ (S. 732) erschienen, das zunächst Modernisierung und wirtschaftlichen Fortschritt organisieren und die Einkommensungleichheiten stark reduzieren konnte. Spätestens in den 1980er Jahren wurde aber eine Vielzahl von ökonomischen und gesellschaftlichen Problemen deutlich – „der Sowjetkommunismus ... wurde zum Synonym für geringen Wohlstand und niedrige Lebenserwartung“ mit der Folge, „dass das Regime schließlich zusammenbrach.“ (S. 738).

Piketty beschreibt für die Zeit nach 1990, „dass das postkommunistische Regime nicht nur jedes Bestreben nach Umverteilung aufgab, sondern auch gar nicht versuchte, Einkommen und Vermögen zu erfassen. Zum Beispiel gab es im postkommunistischen Russland keine Erbschaftssteuer und keinerlei öffentliche Statistik über Nachlässe. Es gibt eine Einkommenssteuer, aber die ist strikt proportional, und der Steuersatz liegt 2001 bei lediglich 13 %, ob jemand 1000 Rubel verdient oder 100 Milliarden Rubel.

Nebenbei sei angemerkt, dass kein Land bei der Zerstörung der Idee der progressiven Besteuerung so weit gegangen ist wie das postkommunistische Russland.“ (S. 748). Piketty diagnostiziert einen „ultraliberalen und inegalitären Bruch“, stellt auf Basis vorsichtig zu bewertenden Daten empirisch eine massive Umverteilung zugunsten der Bezieher von hohen Einkommen fest und fasst zusammen: „In weniger als zehn Jahren, von 1990 bis 2000, ist das postkommunistische Russland von einem Land, dass die monetäre Ungleichheit auf eines der niedrigsten Niveaus gesenkt hatte, die es in der Geschichte jemals gegeben hat, zu einem der Länder mit der größten Ungleichheit weltweit geworden.“ (S. 749).

Russland hatte sich beim Übergang vom Kommunismus zum Kapitalismus „für die berühmte ‚Schocktherapie‘ entschieden: die Privatisierung praktisch aller staatlichen Vermögenswerte in kurzer Zeit mittels sogenannter ‚Coupons‘ (*voucher*) in den Jahren von 1991 bis 1995. Das Prinzip: Jeder russische Bürger erhielt einen ‚Privatisierungscoupon‘ ... der ihm erlaubte, Aktionär eines Unternehmens seiner Wahl zu werden.“ (S. 750). In der Praxis haben sich viele Bürger in der Krise von ihren Coupons getrennt, und clevere Aktionäre konnten mit Duldung oder Unterstützung der Regierung billig die Coupons von Millionen von Russen übernehmen.

Aus den verfügbaren Zahlen geht „hervor, dass der Anteil des obersten Dezils an den gesamten Einkommen, der 1990 bei knapp 25 % lag, bis zum Jahr 2000 auf 45-50 % anstieg... Noch spektakulärer kletterte der Anteil des obersten Perzentils von knapp 5 % im Jahr 1990 auf ungefähr 25 % im Jahr 2000 und damit auf ein deutlich höheres Niveau als in den Vereinigten Staaten.“ (S. 749). Russland ist „in kurzer Zeit das Land mit den meisten Milliardären weltweit geworden. Anfang der 1990er Jahre hatte es in Russland nicht einen einzigen Milliardär gegeben, weil alles Eigentum dem Staat gehörte. In den 2000er Jahren belief sich das kumulierte Vermögen der russischen Milliardäre laut *Forbes* auf ungefähr 30-40 % des Nationaleinkommens, das Drei- bis Vierfache des entsprechenden Werts für die Vereinigten Staaten, Deutschland, Frankreich und China.“ (S. 750).

Analysen der russischen Zahlungsbilanz und Schätzungen diagnostizieren eine Kapitalflucht aus Russland und die Verschiebung von Unsummen in Steueroasen.

„Nach sehr konservativen Schätzungen können wir annehmen, dass die kumulierte Kapitalflucht seit Beginn der 1990er Jahre um die Mitte der 2010er Jahre ungefähr ein russisches Nationaleinkommen ausmacht. Zur Präzisierung: Das ist nur eine Minimalschätzung, tatsächlich könnte es auch das Doppelte sein oder noch mehr.... Aus makroökonomischer Sicht hat das Offshore-Vermögen mittlerweile ein genauso großes Gewicht wie das legale Vermögen und womöglich bereits ein größeres. In gewisser Weise ist die Illegalität zur Norm geworden.“ (S. 753). Russland ragt „nun weltweit mit seinen neuen Oligarchen und dem Offshore-Reichtum heraus, das heißt mit Vermögen, die in undurchsichtigen Konstruktionen in Steueroasen versteckt sind.“ (S. 726).

Allerdings: „Der durchschnittliche Lebensstandard, wie er durch das Nationaleinkommen pro Kopf gemessen wird, ... lag in den 1950er Jahren bei rund 60 % des westeuropäischen Niveaus.“ (S. 735); dieser Wert, der keine Aussage über die Verteilung des Wohlstands enthält, ist bis 2010 auf ca. 70 % gestiegen (S. 736).

## **2.2. China**

Für China beginnt Piketty mit der Betrachtung der Verteilung des Eigentums. China hat sich unter Führung der Kommunistischen Partei gegen die völlige Abschaffung des Staatseigentums und für den Aufbau einer gemischten Wirtschaft entschieden. „Das wichtigste Ergebnis ist, dass der Anteil des staatlichen Kapitals in China 1978, am Beginn der Wirtschaftsreformen, bei knapp 70 % des nationalen Kapitals lag, in den 1980er und 1990er Jahren bis Anfang der 2000er Jahre stark zurückging und sich dann Mitte der 2000er Jahre bei 30 % stabilisierte... Das Verhältnis zwischen Staatseigentum und Privateigentum hat sich seither nicht mehr verändert.“ (S. 761). Resultat: „Das Land ist nicht mehr kommunistisch, weil 70 % des gesamten Eigentums mittlerweile in Privathand sind; aber es ist auch nicht vollkommen kapitalistisch, weil immer noch 30 % Staatseigentum sind, zwar der kleinere Teil, aber ein substanzieller Anteil.“ (S. 762). Demgegenüber „ist der Anteil des staatlichen Nettokapitals am nationalen Kapital in fast allen großen kapitalistischen Ländern praktisch null“ (S. 764) oder aufgrund des Anstiegs der Staatsschulden sogar negativ.

Hinter dem Durchschnittswert von 30 % Staatsbesitz „verbergen sich allerdings große Unterschiede je nach Sektor und Art der Anlagen. Auf der einen Seite sind Wohnimmobilien fast vollständig in privater Hand ... Umgekehrt hält die öffentliche Hand in den 2010er Jahren rund 55-60 % des gesamten Kapitals der Unternehmen.“ (S. 762).

„In den 1980er Jahren lag das Niveau der Einkommensungleichheit nahe dem deutlich egalitäreren europäischer Länder wie beispielsweise Schweden; in den 2010er Jahren liegt China eher auf dem Niveau der Vereinigten Staaten. Den gleichen Befund haben wir bei der Vermögenskonzentration, und das zeigt nebenbei auch, wie inegalitär die Privatisierungen waren. Der Anteil des obersten Dezils an den gesamten Privatvermögen bewegte sich zu Beginn der 1990er Jahre bei 40-50 %, das heißt, er war niedriger als in Schweden und den europäischen Ländern. In den 2010er Jahren ist er auf 70 % gestiegen, ein Wert ähnlich wie in den Vereinigten Staaten und nur wenig niedriger als Russland.“ (S. 775).

Es gibt in China „eine progressive Einkommenssteuer. Sie wurde 1980 eingeführt ... und enthält Besteuerungsstufen und Grenzsteuersätze von 5 % für die niedrigsten und 45 % für die höchsten Einkommen.“ (S. 777). Über die Praxis sind Aussagen allerdings schwer möglich, weil die Veröffentlichung von Daten unvollständig ist (S. 778). Das inzwischen reichlich vorhandene Privatkapital kann unversteuert weitergegeben werden: es gibt in China keine Erbschaftssteuer (S. 779). Und der „Finanzplatz Hongkong“ erlaubt „reichen Chinesen, Kapitalabflüsse zu organisieren, was im chinesischen Bankensystem viel schwieriger wäre.“ (S. 780). Piketty meint, es gebe keine Anzeichen dafür, dass die chinesische Kapitalflucht die Dimension der russischen erreicht hätte (S. 780).

Politisch hält China an seinem Einparteiensystem fest, sieht in einer auf freien Wahlen basierenden parlamentarischen Demokratie keine zwingende Notwendigkeit zur Umsetzung des Volkswillens und bietet ideologisch unter dem Etikett des ‚Sozialismus chinesischer Prägung‘ „keinen Hinweis auf progressive Steuern, genauso wenig wie auf Mitbestimmung, Selbstverwaltung oder eine Aufteilung der Macht in den Unternehmen.“ (S. 782).

### 2.3. Osteuropa

Der Transformationsprozess in den ehemals kommunistischen Länder Osteuropas, die in den 2000er Jahren mehrheitlich der europäischen Union beigetreten sind, hatte nach Pikettys Einschätzung zum Resultat, dass „Osteuropa zu einem regelrechten Labor enttäuschter Hoffnungen nach dem Ende des Kommunismus geworden ist.“ (S. 797).

Festzustellen ist, „dass die Einkommensungleichheit in den ehemals kommunistischen Ländern Osteuropas geringer ist als in den Vereinigten Staaten oder im postsowjetischen Russland“, auch weil „die Transformationsprozesse nach dem Ende des Kommunismus weniger inegalitär und abrupt als in Russland“ (S. 798) abgelaufen sind. So hat Polen die ‚Coupon-Privatisierung‘ zunächst auf kleinere Unternehmen beschränkt und bei der Privatisierung von Großunternehmen auch mit Hilfe des Rechts- und Steuersystems darauf geachtet, „die Konzentration von Aktien in den Händen einer kleinen Gruppe von Oligarchen, wie es in Russland der Fall war, einigermaßen zu begrenzen.“ (S. 799).

Zwar „sind die Ungleichheiten in den mittel- und osteuropäischen Ländern nicht so spektakulär explodiert wie in Russland, aber trotzdem stark angestiegen. Der Teil des Nationaleinkommens, der an die reichsten 10 % ging, lag vor 1990 unter 25 %. 2018 liegt er in Ungarn, der Tschechischen Republik, Bulgarien und Rumänien bei 30-35 %, in Polen sogar bei 40 %. Der Anteil der ärmsten 50 % ist entsprechend gesunken... Das Durchschnittseinkommen ist kaufkraftbereinigt „von knapp 45 % des europäischen Durchschnitts im Jahr 1993 auf rund 65-70 % im Jahr 2018 gestiegen.“ (S. 800).

Pikettys Datenanalyse führt zu einem gewissen Verständnis für die gegenüber den westlichen Ländern verbreitete Skepsis. „In Warschau, Prag und Budapest ist die Sichtweise sehr verbreitet, aus dem Westen seien Investoren gekommen (hauptsächlich Deutsche und Franzosen), hätten die Länder im Osten als Reservoir für billige Arbeitskräfte genutzt und enorme Profite dort gemacht. Tatsächlich sind nach dem Zerfall des Kommunismus erhebliche Anteile des Kapitals der ehemaligen

Ostblockländer schrittweise in die Hände westlicher Investoren gelangt: ungefähr ein Viertel des gesamten Kapitalstocks (einschließlich Immobilien) und mehr als die Hälfte des Unternehmensbesitzes (bei großen Unternehmen noch mehr).“ (S. 801/802). Die Zahlen zeigen, „dass sich die Abflüsse von Gewinnen und anderen Einkünften aus Vermögen (Zinsen, Dividenden etc.) abzüglich der entsprechenden Zuflüsse zwischen 2010 und 2016 in den verschiedenen osteuropäischen Ländern im Durchschnitt auf 4-7 % des BIP summierten, das heißt deutlich mehr als die Transferzahlungen der europäischen Union“ (S. 803).

### 3. Das Scheitern der Sozialdemokratie und neuer Nationalismus

Piketty meint, dass „die nominell kapitalistischen Gesellschaften zwischen 1950 und 1980 *de facto* zu sozialdemokratischen Gesellschaften wurden, mit unterschiedlichen Mischungen von Verstaatlichungen, staatlichen Bildungs-, Gesundheits- und Rentensystemen und mit einer progressiven Besteuerung der höchsten Einkommen und Vermögen. Doch trotz ihres unbestreitbaren Erfolgs gerieten die sozialdemokratischen Gesellschaften ab den 1980er Jahren in die Krise. Vor allem fanden sie keine Antwort auf die zunehmenden Ungleichheiten, die sich überall entwickelten.“ (S. 611). Eine, wohl sogar die zentrale Verantwortung für das empirisch belegbare Fortbestehen oder gar die Zunahme von Ungleichheiten weist Piketty den in vielen Ländern regierenden „sozialdemokratischen und sozialistischen Bewegungen und Arbeiterparteien“ zu, die es nicht geschafft haben, „die notwendigen internationalen Kooperationen aufzubauen, um die progressive Besteuerung zu bewahren und zu vertiefen, oder sie haben sogar selbst den Boden für einen Steuerwettbewerb bereitet, der für die Idee der Steuergerechtigkeit verheerend ist.“ (S. 687). Hinzu kommt, „dass die europäischen Sozialdemokraten und ganz besonders die französischen Sozialisten bei der Bewegung für eine Liberalisierung der Kapitalströme ... eine zentrale Rolle spielten.“ (S. 692, vgl. auch S. 1068). Zudem haben „in den Jahren 1990-2020 verschiedene europäische Länder Regelungen geschaffen, die es möglich machen, dass Zinsen und Dividenden von der progressiven Einkommenssteuer verschont bleiben und dementsprechend mit einem deutlich niedrigeren Steuersatz versteuert werden als ein vergleichbares Arbeitseinkommen. Das ist ein radikaler Kurswechsel gegenüber früheren Zeiten.“ (S. 698).

Die Basis für die prokapitalistische sozialdemokratische Regierungspraxis sieht Piketty in der Entwicklung der Parteien selber: im Programm, bei den Mitgliedern und bei den Wählern. Seine Aussagen hierzu scheinen sich allerdings primär auf Frankreich zu beziehen. **Programmatisch:** „Man denke nur an die Unfähigkeit der Sozialdemokratie (im weitesten Sinne), ihr aus der Nachkriegszeit stammendes Programm zu aktualisieren und überzeugende Gerechtigkeitsnormen für das Zeitalter der Globalisierung und die stärkere Konzentration auf die Hochschulbildung zu entwickeln.“ (S. 907/908). **Mitglieder:** Schon seit 1945 gibt es einen sich zuspitzenden

Wandel der Struktur der Mitglieder und Funktionäre der Sozialdemokratie, die sich „von der Arbeiterpartei zur Akademikerpartei“ (S. 905) entwickelt hat. „Anfangs waren linke Parteien also Vereinigungen für Arbeiter und Angestellte mit niedrigem Bildungsniveau; im Verlauf des letzten halben Jahrhunderts wurden sie schrittweise zu Akademikerparteien für Beamte und Angehörige intellektueller Berufe.“ (S. 905/906). **Wählerbasis:** Auch aufgrund des gesellschaftlichen Strukturwandels seit 1990 hat sich Entscheidendes verändert. Piketty vereinfacht, wenn er zwei Phasen unterscheidet und verkündet: „Zwischen 1950 und 1980 war die politische Auseinandersetzung nach Klassen strukturiert“ (S. 903), in diesem Zeitraum „erkannte sich die Unterschicht in den verschiedenen sozialistischen, kommunistischen, demokratischen, sozialdemokratischen und Arbeiterparteien wieder, aus denen die Linke damals bestand“ (S. 900). In der „Epoche der hyperkapitalistischen und postkolonialen Globalisierung der Jahre 1990-2020“ (S. 900) hat sich die „Klasse“ differenziert, es gibt „eine „Multidimensionalität der sozialen Zugehörigkeiten“ (S. 903); die linken Parteien erreichen eine hohe Zustimmung bei den Wählern mit hohen Bildungsabschlüssen, während sich „ein immer größerer Anteil benachteiligter sozialer Gruppen schlecht vertreten (und manchmal sogar verlassen) fühlt.“ (S. 907). Und: „Aus den Arbeiterparteien der Nachkriegszeit sind Akademikerparteien geworden. Die einleuchtendste Erklärung ist, dass die Wähler mit dem geringsten formalen Bildungsgrad den Eindruck gewonnen haben, von diesen Parteien im Stich gelassen worden zu sein.“ (S. 1237). In der Folge gibt es eine sinkende Wahlbeteiligung und einen „Rückzug der Unterschichten von den Wahlen“ (S. 923) oder die Wahl von rechten, bestenfalls national-konservativen Parteien. Für deren Wahlerfolge hat die Linke zumindest eine Mitverantwortung: „Es ist auch recht bequem, alles mit dem mutmaßlichen Rassismus der Unterschichten erklären zu wollen. Rassismus kommt dort nicht stärker vor als bei den Eliten... Die Unterschichten fühlen sich von den Linken verlassen, und der nativistische Diskurs nutzt diesen Umstand aus, um einen Teil der verlassenen Wählerschaft aufzufangen.“ (S. 937).

Piketty belegt die (ehemals?) linken Akademikerparteien mit dem Begriff „brahmanische Linke“ (S. 937), die „zuweilen eine gewisse Selbstgefälligkeit und Herablassung gegenüber dem Rest der Bevölkerung“ an den Tag legt und „sich immer

weiter von den unteren Schichten getrennt“ (S. 938) hat. Piketty berichtet über „Konflikte zwischen Unterschicht und ‚brahmanischer Linke‘“ (S. 939); es „wandelte sich die politisch-ideologische Landschaft völlig... Mehrere Eliten bildeten sich heraus: die ‚brahmanische Linke‘ mit den höchsten Bildungsabschlüssen in der Wählerschaft und die ‚kaufmännische Rechte‘ mit den höchsten Einkommen und größten Vermögen... Beide Gruppen haben einiges gemeinsam, nicht zuletzt vertreten sie einen gewissen Konservatismus in Bezug auf das herrschende Ungerechtigkeitsregime... Beide Lager vereint aber ihre große Nähe zum aktuellen Wirtschaftssystem und zum gegenwärtigen Stand der Globalisierung. Der Status quo verschafft den intellektuellen und wirtschaftlichen Eliten ausreichend Vorteile.“ (S. 956/957).

Resultat ist eine Aufspaltung des Parteiensystems und (in Frankreich) eine neue Bündelung in vier Formationen. „Die Überreste der linken Parteien spalten sich immer deutlicher in eine marktwirtschaftsfreundliche und eine Umverteilung fordernde Linke, welche neue Antworten auf die wachsenden Ungleichheiten sucht... Die rechten Parteien sind ebenfalls in ein gemäßigtes, marktbeifürwortendes und ein nativistisch-nationalistisches Lager gespalten, das in der Abschottung einer nationalen Identität und im migrationsfeindlichen Sozialnativismus die Lösung für die Verwerfungen der globalen Wirtschaft sieht.“ (S. 958).

Für Frankreich sieht Piketty eine „viergeteilte Wählerschaft“: „Letztendlich verschwindet das ganze System der Klassengegensätze und des politischen Links-Rechts-Schemas der Jahre 1950-1980 allmählich und ordnet sich neu... Ende der 2010er Jahre ... lässt sich die Wählerschaft in Frankreich in vier etwa gleich große Teile untergliedern: einen internationalistisch-egalitären, einen internationalistisch-inegalitären, einen nativistisch-inegalitären und einen nativistisch-egalitären Block.“ (S. 973). Grundlage für diese Aufteilung ist eine Aufschlüsselung anhand von zwei Fragen (aus Meinungsumfragen) von 2017 mit dem Ergebnis, dass 56% der Wähler der These „Es gibt in Frankreich zu viele Immigranten“ zustimmten, und 52% der Überzeugung waren, „man müsse den Reichen nehmen und den Armen geben“ (S. 973/974). Piketty ordnet den vier Blöcken für Frankreich konkrete Parteien bzw. Spitzenkandidaten zu: „2017 können 21 % der Wähler als internationalistisch-egalitär

(für Immigration, für Arme), 26 % als nativistisch-inegalitär (gegen Immigration, für Reiche), 23 % als internationalistisch-inegalitär (für Immigration, für Reiche) und 30 % als nativistisch-egalitären (gegen Immigration, für Arme) bezeichnet werden.“ (S. 975). Emmanuel Macrons Gruppierung stand für „internationalistisch-inegalitär“, der Front National mit Marine Le Pen für „nativistisch-egalitär“, die Linken unter Jean-Luc Mélenchon für „internationalistisch-egalitär“ und die von Francois Fignon angeführte traditionell bürgerliche und katholische Rechte für „nativistisch-inegalitär“ (S. 976-978).

„Außerdem gibt es noch ein ‚fünftes Viertel‘... die Nichtwähler (im ersten Wahlgang 22 % der in den Wählerverzeichnissen Eingetragenen). In dieser Gruppe herrscht das geringste Bildungs- und Einkommensniveau vor, vor allem aber das deutlich geringste Vermögen – verglichen mit den vier Gruppen der Wählenden.“ (S. 979). Für die Zukunft hält es Piketty für möglich, dass sich das „viergeteilte System ... zu einer dreigeteilten Struktur wandeln“ könnte, das „dann vereinfachend den drei großen Ideologiefamilien: Liberalismus, Nationalismus und Sozialismus“ (S. 980) entsprechen würde.

Dem Aufstieg des verkürzt als „Nationalismus“ etikettierten „Sozialnativismus“ widmet Piketty ein ganzes Kapitel (S. 1057-1184) und beschreibt zunächst die Entwicklungen in Osteuropa (vor allem die polnische PiS und die ungarische Fidesz) und Italien (primär die Lega mit Matteo Salvini und die ‚Fünf-Sterne-Bewegung‘), geht allerdings überraschenderweise nicht ausführlich auf Frankreich (Front National, Le Pen) ein. Den Begriff „Populismus“ vermeidet Piketty bewusst, denn: „Der Begriff ist tatsächlich zur unschlagbaren Waffe geworden, die es hochbegünstigten sozialen Gruppen erlaubt, jede Kritik ihrer politischen und programmatischen Entscheidungen im Voraus zu disqualifizieren.“ (S. 1180).

#### **4. Elemente eines partizipativen Sozialismus**

Piketty möchte „in diesem letzten Kapitel die Lehren auf den Punkt ... bringen, die sich aus den verfügbaren Materialien ziehen lassen und für die ich mich einsetzen würde“ (S. 1187). Seine Vorschläge sind „in universalistischer Absicht konzipiert“, aber „fürs Erste eher auf hochentwickelte westliche und nichtwestliche Gesellschaften zugeschnitten“ (S. 1189) und „gehören in die Tradition des demokratischen Sozialismus“ (S. 1190).

Basis für weitere Konkretisierungen (je nach gesellschaftlicher Situation) ist eine recht allgemein gehaltene Definition der angestrebten „gerechten Gesellschaft“: „Gerecht ist eine Gesellschaft, die allen, die ihr angehören, möglichst umfänglichen Zugang zu grundlegenden Gütern gewährt. Zu solchen Grundgütern zählen namentlich Bildung, Gesundheit, aber auch das Wahlrecht und, allgemeiner gesprochen, Partizipation, also Mitbestimmung und möglichst umfassende Teilhabe aller an den verschiedenen Formen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, staatsbürgerlichen, politischen Lebens. Die gerechte Gesellschaft organisiert soziale und wirtschaftliche Beziehungen, Eigentumsverhältnisse, Einkommens- und Vermögensverteilung derart, dass sie ihren am wenigsten begünstigten Mitgliedern die bestmöglichen Existenzbedingungen bietet.“ (S. 1187/1188).

Dabei hält Piketty die Idee einer völligen Abschaffung des Privateigentums und von Märkten für nicht funktional: „Das Privateigentum an den Produktionsmitteln gehört, wenn der Umfang fair geregelt und limitiert ist, zu den Elementen der Dezentralisierung und der institutionellen Organisation, die erlauben, dass die verschiedenen individuellen Merkmale und Wünsche dauerhaft ausgedrückt werden und sich entwickeln können.“ (S. 745/746). Ihm geht es um die „Reflexion über das Ausmaß legitimer Unterschiede“ statt „einfach zu dekretieren, dass das Privateigentum die Lösung aller Probleme ist, oder umgekehrt, Privateigentum unter allen Umständen zu kriminalisieren.“ (S. 747). Piketty meint, man komme auf Basis seiner Vorschläge „zu einem Eigentumssystem, das mit dem Privatkapitalismus, wie wir ihn heute kennen, nicht mehr viel gemein hat und eine ganz reale Überwindung des Kapitalismus darstellt.“ (S. 1214).

#### 4.1. Die Macht in Unternehmen

Piketty möchte „die Macht in Unternehmen aufteilen“ (S. 1194) und schlägt dazu Regelungen vor, die über die deutschen Mitbestimmungslösungen hinausgehen. In Frage kommen „eine Maximalversion, die für die Beschäftigten die Hälfte der Stimmrechte in den Verwaltungsräten oder Vorständen aller privaten Unternehmen vorsieht“ (S. 1194), eine „Dekonzentration des Eigentums“ mit der Möglichkeit des Aktienerwerbs durch Beschäftigte des jeweiligen Unternehmens, die Einführung eines „Höchststimmrechts für Großaktionäre“ (z. B. nur ein Drittel an Stimmrechten für Anteile, die 10% überschreiten) oder gar die Schaffung von Strukturen, die (wie die amerikanischen Universitäten) z. B. als Stiftungseinrichtungen „sehr gut ohne Aktionärsbeteiligung verwaltet werden“. (S. 1194-1197).

„Durch eine Mischung von öffentlichem Eigentum, gesellschaftlichem Eigentum und Eigentum auf Zeit ist es möglich, den Kapitalismus wirklich und dauerhaft zu überwinden.“ (S. 621).

Allerdings ist Piketty nicht für die völlige Abschaffung der Bindung von Macht an Kapital, Investitionen und Risiken, jedenfalls nicht bei kleineren Unternehmen: „Wie ich bereits festgehalten habe, läge es nicht im Allgemeininteresse, jedes Band zwischen Kapitaleinlage und wirtschaftlicher Macht zu kappen, zumindest in kleineren Unternehmen. Wenn jemand seine ganzen Mittel in ein Projekt investiert hat, das ihm am Herzen liegt, dann ist es nur angemessen, wenn seine Stimme mehr Gewicht hat als die eines Beschäftigten, den er gestern erst eingestellt hat und der vielleicht gerade für ein eigenes Gründungsprojekt spart.“ (S. 1195). Man muss sich damit anfreunden, „dass in einer gerechten Gesellschaft das Privateigentum insbesondere in kleinen und mittelgroßen Unternehmen weiterhin eine Rolle spielen wird“ (S. 1197).

Das leuchtet ein, produziert aber Folgefragen zur Gerechtigkeit. Z. B.: ist es gerecht oder ungerecht, wenn Neu-Mitglieder traditioneller Gemeinschaften weniger Ansprüche haben als die Väter und Mütter der Gründung und des Aufbaus?

#### **4.2. Progressive Steuern auf Erbschaften, Einkommen und Eigentum**

Piketty möchte „institutionelle Vorkehrungen gegen eine unbegrenzte Eigentumskonzentration“ (S. 1197) treffen. Dazu dient „die progressive Besteuerung von Erbschaften und Einkommen“ (S. 1198) sowie „eine jährliche progressive Eigentumssteuer“ (S. 1199), deren Höhe „von der Gesamtsumme des persönlichen Eigentums abhängt“ (S.1200). Eine Begründung hierfür liegt in der Neigung der Steuerzahler: „Die Steuerzahler zahlen ... lieber jahrzehntelang eine jährliche Steuer in Höhe von 1-2 % auf ihr Eigentum als 20 % oder 30 % im Erbfall zahlen zu müssen.“ (S. 1201).

In Bezug auf die progressive Erbschaftssteuer und die Einkommenssteuer schlägt Piketty konkret „eine Größenordnung von 60-70 % für mehr als das 10-Fache des durchschnittlichen Erbes bzw. Einkommens vor und 80-90 % für mehr als das 100-Fache.“ (S. 1209). Es geht um „Grenzsteuersätze von 70-90 % für Spitzeneinkommen“ (S. 1232). Zur progressiven Eigentumssteuer: „Der Steuersatz liegt bei 0,1 % für Vermögen unterhalb des Durchschnittsvermögens, bevor er sich schrittweise auf 1 % beim 2-Fachen des Durchschnittsvermögens, 10 % beim 100-Fachen, 60 % beim 1000-Fachen (200 Millionen Euro, wenn das Durchschnittsvermögen pro Erwachsenenem 200 000 Euro beträgt) und 90 % beim 10000-Fachen des Durchschnittsvermögens (2 Milliarden Euro) steigert.“ (S. 1211). Piketty weist „darauf hin, dass die hier vorgeschlagenen Zahlen nur der Veranschaulichung dienen. Die Festsetzung solcher Tarife erfordert genauere Prüfung und kollektive Beschlussfassung.“ (S. 1212). Aber: Es ist „nur folgerichtig, wenn Personen, die große Vermögen akkumuliert haben, einen Teil derselben jährlich der Gemeinschaft zurückgeben und Eigentum derart zu einem nicht mehr dauerhaften, sondern temporären Eigentum wird.“ (S.1215).

Piketty schließt nicht aus, dass „die Entwicklung neuer Formen der Steuerprogression und die Überwindung des Privateigentums durch soziales und temporäres Eigentum auch Verfassungsänderungen erfordern könnten.“ (S. 1222).

### **4.3. Vermögenstransparenz**

Als Grundlage für die Umsetzung von Steuerkonzepten sind Informationen über Einkommen und Vermögen (am Besten im globalen Maßstab) erforderlich. „Die beste Lösung wäre die Einrichtung eines öffentlichen Finanzkatasters, das Staaten und Steuerbehörden in die Lage versetzen würde, alle notwendigen Informationen über die Letzteigentümer der in verschiedenen Ländern ausgegebenen Finanzaktiva auszutauschen.“ (S. 1216). Piketty sieht zumindest für Teillösungen auch Chancen der Umsetzung in einzelnen Ländern und erläutert sie am Beispiel Frankreichs (S. 1216ff).

### **4.4. CO2-Steuer**

Aus Pikettys Sicht „haben indirekte Steuern keine wirkliche Berechtigung (mit Ausnahme derjenigen, die wie die CO2-Steuer, ... externe Effekte korrigieren). (S. 1229). Allerdings „darf die CO2-Steuer nicht als Patentlösung betrachtet werden.“ (S. 1234). „Strenge Auflagen für Transportmittel, Heizungen, Wärmedämmung etc.“ sind oft geeignet, „den CO2-Austoß sehr viel wirksamer einzudämmen als eine höhere Bepreisung von Emissionen“. Wenn denn schon eine CO2-Steuer erhoben wird, müssen „sämtliche Einnahmen aus dieser Steuer in die Entlastung der Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen fließen, die von den Steuererhöhungen und der Finanzierung der Energiewende am härtesten betroffen werden.“ (S. 1234). Bisher sind CO2-Steuern Proportionalsteuern – man wird „fragen dürfen, ob man nicht die Einführung einer progressiven Besteuerung von Emissionen erwägen sollte.“ (S. 1235).

### **4.5. Kapitalausstattung für jeden jungen Bürger und Grundeinkommen**

Das Ziel ist, eine „wirkliche Eigentumsstreuung zu erreichen, die es den ärmsten 50 % erlaubt, einen bedeutenden Anteil der Vermögenswerte zu halten und in vollem Umfang am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen ... Das sinnvollste Vorgehen wäre die Umsetzung eines Systems, in dem jeder junge Erwachsene (zum Beispiel im Alter von 25 Jahren) eine Kapitalausstattung erhält, die durch eine progressive Steuer auf Privateigentum finanziert wird. Ein solches System ist auf eine Verbreitung angelegt, die am Sockel der Verteilungshierarchie mehr Eigentum schafft und seine Konzentration an der Spitze begrenzt.“ (S. 1204). Piketty

rechnet konkret vor, dass eine Kapitalausstattung in Höhe von 120.000 Euro pro Person ohne weiteres zu finanzieren wäre (S. 1207).

Und es geht um eine Gesellschaft, die „auf gerechter Vergütung von Arbeit, anders gesagt: auf gerechtem Lohn beruht. Das Grundeinkommen kann dazu einen Beitrag leisten, indem es das Einkommen von Personen verbessert, die zu gering entlohnt werden“ (S. 1232). Nähere Ausführungen hierzu macht Piketty allerdings nicht, von einem bedingungslosen Grundeinkommen ist bei ihm nichts zu lesen.

#### **4.6. Gleiches Bildungsgeld für alle und quotierte Zugänge**

Piketty fordert im Sinne der „Bildungsgerechtigkeit“ (S. 1237), man müsse „Schluss mit der Heuchelei machen, die darin besteht, mehr Geld in elitäre Studiengänge zu investieren als in die, die von sozial benachteiligten Studierenden absolviert werden.“ (S. 1232). Die Analyse der Situation für einen jungen Erwachsenen, der im Jahr 2018 in Frankreich zwanzig Jahre alt geworden ist, kommt zu dem Ergebnis, „dass sich die öffentlichen Bildungsausgaben, von denen sie in ihrer Schullaufbahn profitiert haben, im Durchschnitt auf 120 000 Euro pro Kopf belaufen, was etwa 15 Schuljahren mit Durchschnittskosten von 8000 Euro jährlich entspricht.“ (S. 1238). Die differenzierte Betrachtung ergibt ein polarisiertes Bild: „Innerhalb dieser Generation haben die 10 % der Schüler, die in den Genuss der geringsten staatlichen Bildungsinvestitionen gekommen sind, ungefähr 65 000 bis 70 000 Euro pro Kopf erhalten, während die 10 %, die in den Genuss der höchsten staatlichen Bildungsinvestitionen gekommen sind, zwischen 200 000 und 300 000 Euro erhalten haben.“ (S. 1239).

Piketty denkt nach über die „Prinzipien einer gerechten Verteilung von Bildungsinvestitionen“ und kommt zu der Idee, „dass alle Kinder Anrecht auf die gleichen Bildungsausgaben haben“ (S. 1241). Die Umsetzung: derjenige, der das Bildungssystem vor dem Hochschulabschluss verlassen hat, sollten „im Laufe seines Lebens ein Bildungskapital in Höhe von 100 000 oder 150 000 Euro nutzen... Dieses Kapital könnte ihm mit 25 oder 35 Jahren oder zeitlebens eine Fortbildung ermöglichen. Theoretisch könnte man sich auch vorstellen, dass den fraglichen Personen unter bestimmten Bedingungen ein Teil dieser Summe als Geldkapital

ausgezahlt würde, das dann zur allgemeinen Kapitalausstattung hinzukäme.“ (S. 1242). Wenn man großzügig und richtig rechnet (?), könnte dann ein Paar mit einem Schulabschluss nach Klasse 10 im Alter von 25 Jahren eine Zahlung von insgesamt (Kapitalausstattung plus Bildungskapital) bis zu 700 000 Euro erwarten (?).

Im Interesse von mehr „Bildungsgerechtigkeit“ schlägt Piketty u. a. vor, „die Daten über die Realität der Bildungsinvestitionen zu veröffentlichen“, „ganz allgemein drastisch und nachweislich die Mittel zu erhöhen, die in besonders benachteiligte Primar- und Sekundarschulen fließen“ und „die Berücksichtigung der sozialen Herkunft bei den Verfahren der Zuweisung an Gymnasien und der Aufnahme an Hochschulen“ (S. 1244) durch „Quotenregelungen“ sicherzustellen.

#### **4.7. Gutscheine für demokratische Gleichheit**

Piketty glaubt, dass die Demokratie gerechter wird, wenn es eine Veränderung der Parteienfinanzierung gibt. Er wünscht ein „Totalverbot aller Parteispenden von Unternehmen oder anderen Körperschaften“ in Verbindung mit „einer radikalen Deckelung der Spenden und Beiträge von Privatpersonen“ (S. 1251) z. B. auf 200 Euro pro Person und Jahr und eine Umstellung auf das System der „Gutscheine für demokratische Gleichheit ... Die Idee ist, dass jeder Bürger einen Gutschein mit demselben Betrag erhält, zum Beispiel 5 Euro jährlich, die er einer Partei oder politischen Bewegung seiner Wahl spenden kann.“ (S. 1251). Ziel ist, zu verhindern, dass man über die steuerliche Absetzbarkeit der (Groß-)Spenden an Parteien „die politischen Präferenzen der Reichen geradewegs und unverhohlen vom Rest der Bevölkerung bezuschussen“ (S. 1152) lässt. Das System könnte auf andere steuerbegünstigte Spendenaktivitäten ausgeweitet werden, „die darauf hinauslaufen, die kulturellen und philanthropischen Vorlieben der Reichen vom Rest der Steuerzahler subventionieren zu lassen. Man könnte die Beträge, die derzeit für diese verschiedenen Steuererleichterungen und Steuerabzüge anfallen, einer Reallokation in Form von Gutscheinen in gleicher Höhe an alle Steuerzahler zuführen.“ (S. 1253).

#### **4.8. Politische Strukturveränderungen, globaler Sozialföderalismus**

Piketty sieht „die herrschende Ideologie der Globalisierung ... in einer Krise“ (S. 1270) und bei der Körperschaftssteuer im „Wetteifern der Staaten um Nichtbesteuerung von Unternehmensgewinnen fraglos das größte unter den Risiken, die das globale Steuersystem heute birgt.“ (S. 1269). Das hat seine Grundlage darin, dass die „Abkommen über die Liberalisierung der Kapitalströme keinerlei Mechanismen zur Fiskalkooperation und zur automatischen Übermittlung von Informationen vorsehen, mittels derer sich die Spur grenzübergreifender Finanzströme und ihrer Eigentümer verfolgen ließe.“ (S. 1256). Piketty beklagt für Europa das „Fehlen jeder gemeinsamen Besteuerung und eines wirklich gemeinsamen Haushalts“ sowie „die Regel der Einstimmigkeit“, bei der „jeder Staat ein Vetorecht besitzt.“ (S. 1096).

Piketty fordert radikale Strukturveränderungen und eine „transnationale Demokratie“ auf globaler Ebene. Er entwickelt „ein ideales (ja idyllisches) Kooperationsszenario“, das „zur Einführung gemeinsamer und gerechter Steuern, zum universalen Recht auf Bildung, zu einer allgemeinen Kapitalausstattung, zur Verallgemeinerung des freien Personenverkehrs und de facto zur Quasi-Abschaffung der Grenzen“ (S. 1266) führen soll. Ein erster Schritt könnte „ein Sozialföderalismus auf der Ebene der Europäischen Union“ sein (S. 1260, detailliert S. 1121ff). Eine „transnationale Versammlung ... aus Mitgliedern nationaler Parlamente der Mitgliedstaaten oder aus eigens gewählten transnationalen Abgeordneten oder aus einer Mischung beider“ hätte „gemeinsame Entscheidungen über globale Gemeingüter wie Klima, Forschung oder globale Steuergerechtigkeit zu treffen“ und könnte „gemeinsame Steuern auf die höchsten Einkommen und Vermögen, die größten Unternehmen und CO<sub>2</sub>-Emissionen“ (S. 1260) erheben. Eine „Europäische Versammlung“ könnte auch „den Beschluss fassen, die Schulden ganz oder teilweise in einem einzigen Refinanzierungsfonds zu vergemeinschaften ... Entscheidend ist dabei, getrennte Bücher zu führen, so dass jedes Land weiterhin seine eigenen Schulden tilgt, dies aber zu einem für alle identischen Zinssatz.“ (S. 1111).

Am Ende sieht Piketty nichts weniger als „eine neue Weltorganisation: die transnationale Demokratie“ (S. 1261).

## 5. Kritische Anmerkungen

Piketty ergänzt seine Befunde von 2014 („Das Kapital im 21. Jahrhundert“) und bestätigt das Gesamtergebnis: Alle größeren und ökonomisch stärkeren Gesellschaften diese Welt sind seit Jahrhunderten durch sehr große Ungleichheiten bei der Verteilung des Reichtums, von Vermögen und Einkommen, gekennzeichnet. Versuche, kapitalistische Eigentümergeellschaften durch auf Staatseigentum basierende Gesellschaftsordnungen zu ersetzen, sind gescheitert. Heute gibt es lediglich graduelle Unterschiede des Niveaus der Ungleichheit, wobei Russland inzwischen vor den Vereinigten Staaten an der Spitze steht. Die egalitärste Gesellschaft Europas, Schweden, scheint am anderen Ende der Skala im Moment von China übertroffen zu werden, wo das Staatseigentum vor allem im Bereich der großen Unternehmen noch eine relevante Rolle spielt, insgesamt aber auch das Privateigentum dominiert.

Piketty präsentiert häufig datengestützte Fakten, verzichtet aber auf tiefere Analysen. So ist unstrittig, dass das kommunistische System in der Sowjetunion zusammenbrach – ob aber Gorbatschows Idee, gegen den übermäßigen Alkoholkonsum vorzugehen, dafür wirklich eine wesentliche Ursache war (S. 737), darf bezweifelt werden. Interessant wären auch nähere Erläuterungen zu den Abläufen und Mechanismen bei der Transformation des kommunistischen Systems hin zum inegalitärsten Kapitalismus (?) für die Beschreibung zukünftiger Gesellschaftsveränderungen (Motto: aus Fehlern lernen).

Richtig ist, dass das Scheitern der als sozialistisch oder kommunistisch bezeichneten Gesellschaften insbesondere in Osteuropa und China zur Diskreditierung von weitgehend auf Staatseigentum basierenden Gesellschaftsmodellen geführt, den Spielraum für Diskussionen über Alternativen zum Kapitalismus eingeschränkt und das Privateigentum als scheinbar unvermeidbar rehabilitiert hat.

Für Piketty haben aber nicht nur die Kommunisten bei der Umsetzung ihrer Ideale, sondern auch die Sozialdemokraten versagt. Bei aller Humanisierung des kapitalistischen Systems im Sinne einer Verbesserung der Lebenssituation der

weniger Privilegierten ist ausweislich der statistischen Daten keine Überwindung der Ungleichheiten zwischen „Reich“ und „Arm“ gelungen. Allerdings diagnostiziert Piketty in den westlichen Industrienationen den Aufstieg einer nicht unvermögenden neuen Mittelklasse von ca. 40 % der Bevölkerung und für die ärmeren 50% immer noch Einkommen, die im internationalen Vergleich weit jenseits der Grenze zur Verelendung liegen.

Eine nähere Differenzierung der Situation der „Unterschicht“ erfolgt ebenso wenig wie die der „Mittelschicht“ – mit der Folge, dass auch eine Betrachtung der sich daraus ergebenden unterschiedlichen Interessen unterbleibt. Der bewusste Verzicht auf eine Analyse gesellschaftlicher Strukturen mit Hilfe von Kategorien wie Klassen und Schichten und eine Einteilung mit Hilfe sozialstatistischer Daten („z. B. die oberen 10 %“ bei Vermögen und Einkommen) hat sich zwar für die Beschreibung von Ungleichheiten als vorteilhaft erwiesen, ist aber für die Analyse von Interessen, Bewusstsein, Wahlverhalten und Parteienentwicklung nur begrenzt geeignet.

Für die Beurteilung der Rolle der Sozialdemokratie und zukünftige politische Gestaltungsoptionen ist das Vordringen in gesellschaftstheoretische Dimensionen und z. B. eine Einschätzung der Funktion des Staates im Kapitalismus erforderlich ([https://einemann.de/Dokumente/Einemann\\_Gesellschaftsanalyse.pdf](https://einemann.de/Dokumente/Einemann_Gesellschaftsanalyse.pdf)). Natürlich kann man der Sozialdemokratie vorhalten, dass ihr eine substantielle Überwindung des Kapitalismus nicht gelungen ist. Das Problem, auch für die zukünftige Umsetzung von sozialistischen Visionen, besteht darin, dass die Führung einer Regierung oder eine Regierungsbeteiligung zumindest auf der nationalstaatlichen Ebene ohne einen schnellen Radikalumbau des Systems nur dann erfolgreich und nachhaltig vorstellbar ist, wenn ein Zusammenbruch des ökonomischen Systems vermieden wird – mit anderen Worten: das kapitalistische System stabilisiert und ein Arrangement mit „dem Kapital“ gefunden wird. Im Zusammenhang mit der Entwicklung in Osteuropa verweist Piketty immerhin auf die „Verhandlungsmacht der westlichen Eigentümer, die immer damit drohen können, ihr Kapital abzuziehen“ (S. 803), und bei Debatten in Schweden über die Erbschaftssteuer bemerkte er „die Angst vor der Kapitalflucht in andere Länder“ (S. 1135). Er glaubt, eine Lösung sei „denkbar einfach“ – die Steuer „müsste bloß auf der Ebene der Europäischen Union erhoben werden“ (S. 1135). Wenn es

denn so einfach wäre - bisher hatte die Sozialdemokratie weder in Europa noch in der Welt die für die Überwindung des Kapitalismus erforderliche politische Gestaltungsmacht. Vorwerfen kann man ihr vielleicht den fehlenden politischen Willen, aber selbst der hätte die Realisierungschancen nur begrenzt erhöht. Piketty selbst verzichtet denn wohl auch nicht ohne Grund auf die Erläuterung von politisch-praktischen Umsetzungsperspektiven für seinen visionären partizipativen Sozialismus.

Der unstrittige Niedergang der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien zumindest in Europa hat sicherlich eine von vielen Ursachen in der Enttäuschung der Wählerbasis durch von diesen Parteien geführte Regierungen, wenn diese z. B. für die Festschreibung oder Verstärkung bestehender kapitalistischer Strukturen und Ungleichheiten oder für unmoralische „Selbstbedienungen“ unter Vernachlässigung der Interessen der „kleinen Leute“ verantwortlich zu machen waren. Das Problem ist aber deutlich vielschichtiger. Und die Tatsache, dass die Sozialdemokratie zunehmend auch von Besserverdienenden und Bürgern mit hohen Bildungsabschlüssen gewählt wird, begründet noch nicht den zwangsläufigen Abschied von den weniger Privilegierten. Piketty entdeckt plötzlich „die Akademiker“ als gesellschaftlich relevante und politisch bestimmende Gruppe mit dem Kapital nahestehenden Eigeninteressen, die in seiner bisherigen von Perzentilen und Dezilen dominierten Analyse nicht als quantitativ oder ökonomisch bedeutsam erwähnt wurde. Mit einer differenzierten Analyse der Struktur von Wählern, Mitgliedern, Funktionären und Repräsentanten von sozialdemokratischen Parteien befasst Piketty sich nicht. Auf eine genauere Betrachtung der programmatischen Entwicklung der (sowohl intern als auch in Europa ja durchaus unterschiedlichen) Parteien verzichtet er ebenfalls und behauptet schlichtweg (was jedenfalls für Deutschland nicht zutrifft) „die Unfähigkeit der Sozialdemokratie ... ihr aus der Nachkriegszeit stammendes Programm zu aktualisieren“ (S. 907).

Piketty erklärt die Annahme, dass „Unten“ eher „Links“ und „Oben“ eher „Rechts“ wählt, für überholt, und bezweifelt grundsätzlich einen Zusammenhang zwischen „Klasseninteressen“ und Wahlverhalten. Aber er sieht eine Allianz von prokapitalistischen reichen Rechten und gebildeten (ehemaligen) Linken/Sozialdemokraten (unterstellt also den akademischen Eliten zumindest

Gruppeninteressen) unter Vernachlässigung der sehr großen Unterschicht, die sich zunehmend rechts-nationalen Parteien zuwendet. Die Beschreibung scheint zumindest vordergründig plausibel, auch in Deutschland erhält die rechts-nationalistische AfD inzwischen in der Gruppe der Arbeiter die meisten Stimmen. Unübersehbar ist, dass der Aufstieg dieser Partei (in Deutschland) mit dem Thema „Migration“ zu tun hat, das sehr lange im Zentrum des politischen Interesses stand. Wenn Piketty auf eine Umfrage verweist, nach der 56 % der Wähler in Frankreich „zu viele Immigranten“ (S. 973) sehen, dann ergibt sich aus den Wahlergebnissen, dass diese Frage nicht die allein entscheidende für die parteipolitische Orientierung und die Stimmabgabe ist. In Deutschland hat z. B. das Thema „Umwelt“ den Aufstieg der GRÜNEN beflügelt und diese Partei im Zusammenhang mit der Diskussion um den Klimaschutz inzwischen in nahezu allen Umfragen zur zweitstärksten Partei vor den Sozialdemokraten aufsteigen lassen. Dieses Phänomen kommt bei Piketty gar nicht vor, weil er eine vielleicht vordergründig plausible, im Prinzip aber bestenfalls für Frankreich einleuchtende Aufteilung der Wähler in vier Blöcke auf Basis von zwei wichtigen Themenbereichen (Migration und Umverteilung von Reich zu Arm) vornimmt, ohne über komplexere Probleme der Bildung von politischem Bewusstsein und Wahlverhalten nachzudenken. Die Etikettierung der Orientierung einer politischen Formationen als „international“ oder globalisierungsfreundlich entlang der Linie des Wunsches nach weiterer Zuwanderung ist verkürzt, und der Wunsch nach weiterer Umverteilung zugunsten von sozial Schwachen begründet noch keine „egalitäre“ Gesamtorientierung mit der Folge einer Wahl von „linken“ Parteien. Und wenn man sich etwas näher mit der deutschen Geschichte und den Parteien der Weimarer Republik beschäftigt, dann braucht man weder eine wissenschaftliche Ausbildung noch detaillierte Kenntnisse der politischen Ideen und Theorien, um auch eine Verbindung von nationalen und sozialistischen Ansätzen für möglich zu halten.

Pikettys Vision eines partizipativen Sozialismus hat das Format, den Kapitalismus und gesellschaftliche Ungleichheiten zu überwinden – wenn denn alles funktioniert wie angenommen. Gefordert werden vor allem: Veränderungen der Macht- und Besitzverhältnisse in Unternehmen (Mitbestimmung, Selbstbestimmung, Eigentum auf Zeit, öffentliches und genossenschaftliches Eigentum); drastische Erhöhungen der

progressiven Steuern auf Erbschaften, Vermögen und Einkommen auf bis zu 90 %; Verhinderung von Kapitalflucht in Steueroasen durch Vermögenstransparenz; eine progressive CO2-Steuer; die Gewährleistung eines Grundeinkommens für alle und die Kapitalausstattung eines jeden jungen Erwachsenen im Alter von 25 Jahren mit 120.000 Euro pro Kopf, ergänzt um ein gleiches Bildungsgeld für alle in fast gleicher Höhe mit der Option auf Geld-Auszahlung bei Nicht-Abruf; Quotenregelungen für den Zugang zu höheren Bildungseinrichtungen; „Gutscheine für demokratische Gleichheit“ für jeden Bürger; die Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips in der Europäischen Union und die Verlagerung von Entscheidungen auf eine transnationale Versammlung mit Abgeordneten aus den nationalen Parlamenten; ein neuer Sozialförderalismus u. a. mit dem Aufbau von Kooperationen zwischen Ländern mit dem Ziel auch eines freien Personenverkehrs und der Quasi-Abschaffung von Grenzen sowie der gemeinsamen Erhebung von Steuern und Aufnahme von Schulden; schließlich nichts weniger als eine neue Weltorganisation, die transnationale Demokratie. Zur Umsetzung werden Verfassungsänderungen (S. 1222) notwendig sein.

Der Kapitalismus wäre schon dann irgendwann kein Kapitalismus mehr, wenn „nur“ alle größeren Erbschaften zu 90 % besteuert würden.

Selbstverständlich bedürfen alle diese Elemente der ausführlichen Diskussion – das ist an dieser Stelle allerdings nicht möglich. Kontroversen über Kapitalismus, Sozialismus, Kommunismus und revolutionäre oder reformistische Wege zur Veränderung der Gesellschaftsordnung gibt es seit über 150 Jahren, und sehr viele „unausgeleuchtete Winkel“ gibt es kaum. Allein die deutschsprachige Literatur füllt nicht nur Regale, sondern (kleine) Bibliotheken. Insofern kann man auf die Idee der Begründung eines „demokratischen Sozialismus“ und der Entwicklung eines Konzepts für einen „partizipativen Sozialismus“ sicherlich auch kommen, ohne zuvor (in beiden Büchern) auf ungefähr 2.200 Seiten z. B. über Ungleichheiten der globalen Reichtumsverteilung, politische Veränderungen in vielen Ländern und Regionen und neuere Tendenzen im Wahlverhalten der Bürger zu referieren.

Vielleicht ist es eine Stärke, vielleicht aber auch eine Schwäche des Buches, dass politisch sehr vieles zu sehr vielem gesagt und kaum ein Land, eine Partei und eine

relevante Frage ausgelassen wird. Und wenn von den 1300 Seiten des Buches z. B. die Probleme des Klimawandels auf 10 Seiten (S. 830-840) und die des Patriarchats auf 6 Seiten (S. 861-867) abgehandelt werden, dann mag das unter dem Aspekt der Ungleichheit vielleicht ausreichen - wirklich überzeugend ist es nicht.

Angenommen, es würde eine Partei geben, die sich Pikettys Programm zu eigen machen würde, die Menschen könnten sich das Funktionieren des neuen Modells vorstellen und diese Partei würde in ganz Europa bei Wahlen Mehrheiten gewinnen: Wann und wie sind denn die für einige Kernelemente erforderlichen verfassungsändernden Mehrheiten zu erreichen? Das wird nicht ganz einfach werden, wenn schon Sahra Wagenknecht von der sozialistischen deutschen Linkspartei in ihrer Buchbesprechung in der Zeitung „WELT“ vom 29.3.2020 ohne detaillierte Auseinandersetzung mit Pikettys Ideen schon dessen Konzept der Vermögenssteuer rundweg ablehnt: „Pikettys Vorschlag allerdings, diesen Effekt über eine Eigentumssteuer mit Sätzen von bis zu 60 % zu erreichen, kann nicht überzeugen. Immerhin besteht der Löwenanteil dieses Eigentums nicht aus liquiden Mitteln, sondern aus Betriebsvermögen. Dieses müsste verkauft werden, um die Steuer zu bezahlen, und die zahlungsfreudigsten Käufer dürften Hedge Fonds und Finanzinvestoren sein.“ (<https://www.sahra-wagenknecht.de/de/article/2937.der-mythos-der-leistungsgesellschaft-thomas-piketty-kapital-und-ideologie.html>).

Natürlich ist es unfair, einen Visionär nach einem politischen Umsetzungsszenario zu fragen. Aber Piketty mischt sich ein, er kritisiert die bisherigen Bemühungen vieler engagierter Menschen und ihrer Organisationen als unzureichend, und er macht Vorschläge. Und er hat Hoffnung, die er auf der vorletzten Seite seines Werkes verkündet: „In Anbetracht der Bankrotterklärung der auf dem Liberalismus und Nationalismus beruhenden Ideologien könnte allein die Entwicklung eines wahrhaft partizipativen und internationalistischen Sozialismus, der sich auf einen Sozialförderalismus und eine neue kooperative Organisation der Weltwirtschaft stützt, die Möglichkeit eröffnen, diese Widersprüche aufzulösen.“ (S. 1270). Also: Piketty ist noch für ein drittes Werk gefordert!